21.

Weitere Niederschlagungen von Strafverfahren.

Von Ministerialrat, Geh. Rat Dr. Karl Meyer in München.

In der letzten Übersicht über die Niederschlagung von Strafverfahren, Bd. 39 S. 675, habe ich angeführt, daß wir ein reichsrechtliches Niederschlagungsrecht erhalten haben. Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt. Nach Eintritt der politischen Ereignisse ist im Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 (RGBl. S. 1303) die Niederschlagung von politischen Verbrechen und Vergehen und der Erlass von Strafen hierwegen verfügt worden; einheitliche Ausführungsvorschriften haben ihren Vollzug sichergestellt. Umfassende reichsrechtliche Niederschlagungen brachten die Reichsamnestien¹⁾ vom 3. und 7. Dezember 1918 (RGBl. S. 1393 und 1415). Sie enthielten nach süddeutscher Auffassung einen Eingriff in das landesrechtliche Begnadigungsrecht, in Bayern auch in das Militärhoheitsrecht. Bayern und Württemberg hielten sie für ungültig. Württemberg erließ eine Verwahrung gegen ihre Anwendung, während Bayern, wo einzelne Gerichte und Staatsanwaltschaften die beiden Amnestien sofort angewendet hatten, sie durch bayer. Verordnung vom 16. Dezember 1918 (JMBI. S. 261), also kraft bayerischen Rechts, auf Bayern und sein Heer insoweit erstreckte, als sie weitergingen als die bayerische Amnestie vom 22. November 1918 (JMBI. S. 239). Preußen übernahm sie in seinen Ausführungsvorschriften (JMBI. S. 445 und 512¹), Sachsen jedenfalls die Amnestie vom 3. Dezember 1918, wie seine Ausführungsvorschriften hierzu vom 14. Dezember 1918 (JMBI. S. 113) ausweisen. Bezüglich der Niederschlagung, die ein Prozeßverbot schafft, das zur Einstellung des Verfahrens führt²⁾, also das Strafverfahren betrifft, war meines Erachtens bisher schon die Reichszuständigkeit gegeben, nicht aber bezüglich

¹⁾ Hierzu Alsbach, Die Reichsamnestiegesetze, Berlin 1919; Klee, Die Reichsamnestie vom 4. Dez. 1918 in der JurB. 1918 S. 786, und Kroneder in der Deutschen JurBtg. 1919 S. 82.

²⁾ Hierzu meine Abhandlungen in der Deutschen JurBtg. 1915 S. 243 und hier Bd. 37 S. 706 und Bd. 38 S. 651.

des eigentlichen Straferlasses, von militärhoheitlichen Gesichtspunkten ganz abgesehen. Eine gesetzgeberische Diktatur besteht in Berlin nicht. Die alten Gesetze und auch die Reichsverfassung gelten noch fort. Wie ich höre, soll man in den Kreisen des Reichsgerichts, das wohl bis zur Drucklegung dieser Übersicht entschieden haben wird, der Ansicht sein, daß die beiden Amnestien auch für die Einzelstaaten verbindlich sind. Dies berührt sich mit der grundsätzlichen Frage, inwieweit in dieser Übergangszeit die Reichs- und Landesgesetzgebung mit Gültigkeit Gesetze erlassen und die Verfassungen ändern kann. Für die Reichsgesetzgebung entsteht insbesondere die Frage, ob in dieser Übergangszeit der Rat der Volksbeauftragten ein Gesetzgebungsrecht hat, bei dem Bundesrat und Reichstag ausgeschaltet sind, und ob er im Wege einer Verfassungsänderung den Kreis der Reichsangelegenheiten erweitern und insbesondere ein dem Recht der Einzelstaaten vorgehendes Begnadigungsrecht für sich schaffen darf³⁾. Jedenfalls hat die Gesetzgebung in Reich und Einzelstaaten zur Befriedigung der dringendsten staatlichen Bedürfnisse in diesen Übergangszeiten unter Wahrung des Grundsatzes, daß Reichsrecht dem Landesrecht vorgeht, ein Notgesetzgebungsrecht. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat im Urteil vom 19. Dezember 1918 Nr. 408/18 entschieden⁴⁾, daß, wer die Macht tatsächlich im Besitz hat, auch die gesetzgebende und vollziehende Gewalt hat, und demgemäß die bayerische Amnestie vom 22. November 1918 mit ihren den Tit. VIII § 4 der Verfassung widerstrebenden Niederschlagungen als rechtsgültig anerkannt. Unerfreulich sind diese Zustände in jeder Hinsicht und es ist dringend zu wünschen, daß wechselseitige Zuständigkeitsüberschreitungen, die zwischen Reichs- und Landesrecht vorgekommen sind, möglichst vermieden werden und daß die gesetzgebenden Gewalten im Reich und in den Einzelstaaten wieder bald verfassungsmäßig geordnet werden.

Doch zur Übersicht für die Niederschlagung. Den Reichsamnestien voran gingen Amnestieerlasse der Einzelstaaten, die die Niederschlagungen für Kriegsteilnehmer, ihrer Frauen und Witwen und für die übrige Bevölkerung verfügten. So in Bayern (Bd. vom 22. November 1918 JMBL. S. 239), Sachsen (Bd. vom 19. November 1918 GVB. S. 367), Württemberg (Bd.

³⁾ Alsberg, a. a. O. S. 3.

⁴⁾ Veröffentlicht im Beiblatt z. JMBL. 1919 S. 79.

vom 15. November 1918 JMBI. S. 205), Baden (Bd. vom 5. Dezember 1918 JMBI. S. 217) und Hessen (Bekanntmachung vom 5. Dezember 1918 JMBI. S. 241). In diesen Erlassen wurde, von Hessen abgesehen, nach dem früheren Vorgehen Bayerns und Badens⁵⁾ der Kriegswucher von der Niederschlagung ausgenommen und nur in geringfügigen oder sonst besonders berücksichtigungswerten Fällen die Niederschlagung zugelassen. Ein erfreuliches Zeichen in diesen Niederschlagungen ist es, daß sie nicht alle von der Zentralbehörde, vom Ministerium aus, verfügt wurden, sondern daß die Entscheidung auch den äußeren Behörden, Staatsanwälten und Gerichten, überlassen wurde. So brachte die bayerische Amnestie vom 22. November 1918 die Fassung, daß niedergeschlagen wurden alle Strafverfahren wegen Handlungen, die aus Not und nicht aus Gewinnsucht begangen waren, nachdem schon der allgemeine Straferlaß vom 2. November 1918 (JMBI. S. 223) allen die infolge der Kriegsverhältnisse aus Not und nicht aus Gewinnsucht eine strafbare Handlung begangen hatten, die hierwegen erkannten Strafen erlassen hatte. Dabei ging man davon aus, daß der Begriff „Not“ in möglichst weitem Sinne auszulegen ist⁶⁾ und daß Unverschuldetheit der Not nicht verlangt wird. Diesen Weg hat die Reichsamnestie vom 3. Dezember 1918 weiter beschritten. Es sind für die Niederschlagung hier die Tatbestandsmerkmale der Not, Unerfahrenheit und Verführung verwertet. Diese Merkmale haben zum Teil ihren Vorgang im Strafgesetzbuch, Not nicht gleichbedeutend mit Notlage z. B. im § 248a StGB., Unerfahrenheit in § 302a StGB.; Verführung liegt vor, wenn der Täter durch dritte Personen zur Handlung bestimmt worden ist. Diese Regelung gibt auch die Möglichkeit, Grenzfälle heranzuziehen, und erweitert zugleich das richterliche Ermessen. Nach der besonderen Anweisung in § 1 Abs. 2, die allerdings mehr in die Ausführungsvorschriften als in das Gesetz gehört, sind hierbei die Angehörigen der zu den Fahnen Einberufenen besonders zu berücksichtigen. Der Begriff Angehörigen ist hierbei meines Erachtens im Sinne des § 52 Abs. II StGB. auszulegen⁷⁾. Von dieser Niederschlagung sind grundsätzlich die Fälle ausgenommen, in denen der Täter

⁵⁾ Hierzu Bd. 39 S. 675.

⁶⁾ Bayer. Vollzugsvorschriften zur Amnestie vom 22. Nov. 1918, JMBI. S. 244.

⁷⁾ A. M. Alsbach S. 8.

durch die Straftat einen Gewinn erstrebt hat; doch tritt sie hier ein, wenn die Verfehlung geringfügig ist und nach Lage des Falles keine höhere Strafe zu erwarten ist als ein Monat Gefängnis oder 500 M. Geldstrafe. Darunter fallen also auch die Kriegswuchersfälle. Es ist erfreulich, daß auch hier der Gesichtspunkt der geringfügigen nicht strafwürdigen Verfehlungen, die der Richter nicht aburteilen soll, zur Anerkennung gelangt ist. Dabei ist es nicht notwendig, daß der Täter den Gewinn für sich erstrebt hat. Der erstrebte Vorteil wird in der Regel ein Vermögensvorteil sein müssen. Nach dem Grundsatz, daß die Niederschlagung ein Prozeßverbot begründet, wäre die Vorschrift in § 1 Abs. 5, die zum Ausdruck bringt, daß die Niederschlagung in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen geprüft werden muß, nicht notwendig gewesen. Die Prozeßvoraussetzungen hat der Strafrichter von Amts wegen zu prüfen. Auch ist die Anhörung des Beschuldigten vor eine ihm ungünstige Entschließung vorgeschrieben. Sie wird jedenfalls unterbleiben können, wenn der Richter oder Staatsanwalt auch ohne Äußerung des Beschuldigten zur Einstellung kommt⁸⁾.

Weiter als die bürgerliche Amnestie vom 3. Dezember 1918 geht die militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918 in der Niederschlagung der Strafverfahren nach § 1; es werden nicht nur die zur Zuständigkeit der bürgerlichen Behörden gehörigen Untersuchungen niedergeschlagen, sondern in gleicher Weise auch die zur Zuständigkeit der militärischen Behörde gehörigen Untersuchungen. Während die Amnestie vom 3. Dezember 1918 in § 1 Abs. 4 und im Straferlaß in § 4, wobei allerdings der Schleichhandel übersehen worden ist, Einschränkungen vorsieht, werden nach der militärischen Amnestie alle Kriegswuchervergehen der unter diese Vorschrift fallenden Personen, von der möglichen Ausnahme des § 4 abgesehen, niedergeschlagen. Gerade diese Regelung gegenüber dem Kriegswucher hat in der Öffentlichkeit scharfe Angriffe gegen diese Amnestien ausgelöst. Auch die Begünstigungen in § 4 der Amnestie vom 3. Dezember 1918 gehen mit Rücksicht auf die gegen den Kriegswucher üblichen Strafurteile recht weit; infolgedessen haben die beiden Amnestien die Bekämpfung des Kriegswuchers außerordentlich abgeschwächt, geradezu gefährdet.

⁸⁾ Ebenso Alshberg, a. a. O. S. 14.

Die beiden Reichsamnestien sind in ihrem Zusammenhange mit den Landesrechtlichen Amnestien, die in ihren günstigeren Bestimmungen nach § 6 bzw. § 7 ausdrücklich aufrechterhalten sind, für die Anwendung nicht gerade einfach. Sie haben auch schon eine sehr sachgemäße Erläuterung erhalten. Ich möchte aber Alsb erg nicht darin beitreten, daß die Niederschlagung den Einziehungsanspruch im objektiven Verfahren beseitigt⁹⁾. Insbesondere möchte ich ihm darin nicht beistimmen, daß infolge der Niederschlagung nicht mehr die Kriegsmuchergewinne im selbständigen Verfahren eingezogen werden dürfen. Die Zulässigkeit des objektiven Verfahrens nach eingetretener Niederschlagung ist nicht bloß überwiegend in der Fachwissenschaft, sondern auch übereinstimmend in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bayerischen Obersten Landesgerichts anerkannt¹⁰⁾. Es müßten sonst auch dem Fälschmünzer die Fälschstücke und seine Werkzeuge hinausgegeben werden; die höchste Begünstigung darf nicht zum größten Unrecht an der Allgemeinheit werden¹¹⁾.

Die großen Vergünstigungen, die unserem Volke auf dem Gebiete der Amnestien zuteil geworden sind, haben zu einer Ernüchterung geführt. In der Praxis zeigen sich die Wirkungen dieser zu weit gehenden Niederschlagungen in betrüblicher Weise. Die Presse ist in dieser Zeit der zunehmenden kriminellen Hochflut, auf die von Vizzt wiederholt und zuletzt in der Jur. Wochenschr. 1918 S. 785 in Forderung strafrechtlicher Teilreformen oder einer raschen vollständigen Gesamtreform des Strafrechts mit allem Nachdruck hingewiesen hat, voll von Klagen. Blicke ich auf diese vierjährige Niederschlagungskampagne zurück, ich bin mit Belling, Strafprozeßrecht S. 610 überhaupt kein Freund der Niederschlagung von Strafverfahren, so kann ich meiner Ansicht nur dahin Ausdruck geben, daß sie einem geordneten Strafverfahren nicht entsprochen hat und für Beachtung

⁹⁾ a. a. O. S. 6 und 36.

¹⁰⁾ RG. Bd. 50 S. 386 u. 392; Bd. 30 S. 194; Oberstes LG. vom 30. Juni 1916, Weiblatt z. JMBI. S. 232; ferner meine Abhandlungen in der Deutschen JurZtg. 1915 S. 253 und hier Bd. 37 S. 801 u. Bd. 38 S. 656; dann § 10 der Preistreiberei-VO. vom 8. Mai 1918 und hierzu die Kommentare von Schaefer S. 345 und Lobe S. 148. Das Bayer. Oberste LG. hat überdies im Urteil vom 19. Dezember 1918, Weiblatt z. JMBI. S. 80, nunmehr entschieden, daß die Einziehung des übermäßigen Gewinns trotz eingetretener Niederschlagung zulässig ist.

¹¹⁾ Heimberger, Das Abolitionsrecht S. 117.

der Gesetze nicht förderlich gewesen ist. Vor vier Jahren habe ich in Bayern die Niederschlagung von Strafverfahren auf Grund des Gesetzes vom 4. Dezember 1915 zugunsten der Kriegsteilnehmer in Durchbrechung unserer bayerischen Verfassung Tit. VIII § 4 eingeführt, wonach bis dahin ein Eingriff in Strafverfahren gesetzlich überhaupt ausgeschlossen war. Es war ein ausgezeichneter Rechtszustand in Bayern. Die Niederschlagung bringt Willkür in die Strafrechtspflege, und gerade in politisch erregten Zeiten ist sie bedenklich. Ich hoffe, daß sie keinen Bestandteil unseres zukünftigen Strafverfahrens bilden wird. Wir können sie auch entbehren. Einmal wenn wir die geringfügigen nicht strafwürdigen Straffachen von den Gerichten fernhalten und dann, wenn wir unsere Strafgesetzgebung, Strafrecht und Strafverfahren rechts- und sozialpolitisch und volkstümlich in allen seinen Einrichtungen so ausgestalten, daß Begnadigungen zur seltenen Ausnahme werden¹²⁾).

22.

Die Sittlichkeitsdelikte (und die verwandten Delikte) im Vorentwurf zu einem Schweizerischen Strafgesetzbuch vom Oktober 1916.

(Fassung der zweiten Expertenkommission.)

Von Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Eug. Wilhelm, Straßburg i. E.

Während in den kriegsführenden Ländern der weitere Ausbau der vor dem Krieg begonnenen Gesetzgebungsarbeiten, so insbesondere in Deutschland des neuen Strafgesetzbuches, unterbrochen wurde, hat die neutrale Schweiz ihre Arbeiten zum Vorentwurf eines Strafgesetzbuches weitergeführt. Das Ergebnis ist der Vorentwurf in der Fassung der 2. Expertenkommission vom Oktober 1916.

Man kann nicht behaupten, daß — wenigstens was die Sittlichkeitsdelikte anbelangt — die Kritik des vorliegenden Vorentwurfs vom April 1908, insoweit sie eine zu große Strenge bemängelte, beachtet worden ist. Im Gegenteil, der neue Entwurf weist noch eine größere Rigorosität auf.

¹²⁾ v. Liszt weist a. a. O. S. 786 darauf hin, daß die Begnadigung ein Akt der Rechtspflege werden muß.